

Marcel Lewandowsky und Michael Jankowski

„All by myself“ oder „With a little help from my friends“? Die Integration der Bundespartei in die Wahlkampforganisation auf Landesebene*

Kurzfassung

Analog zur These der bundespolitischen Durchdringung von Landtagswahlen wird oftmals die Vermutung geäußert, dass die Bundespartei auch ein Interesse habe, auf den Landtagswahlkampf ihres jeweiligen Landesverbandes Einfluss zu nehmen. Dafür spricht, dass die verschiedenen Ebenen der Parteien in der Bundesrepublik organisatorisch zugleich autonom und miteinander verschränkt sind. Dennoch wissen wir bislang nur wenig darüber, ob und in welcher Form die Bundespartei in der Wahlkampforganisation auf Landesebene auftritt. Angeschlossen an jüngere konzeptionelle Angebote zu Parteien im Mehrebenensystem lassen sich theoretische Annahmen darüber ableiten, inwieweit die Bundespartei in Landtagswahlkämpfe integriert wird. Auf Basis eines Surveys unter den Landesparteien aller Bundesländer bieten wir einen ersten empirischen Zugang zu der Frage, welche Rolle die Bundesebene in den Wahlkämpfen der Landesverbände spielt. Hierbei werden sowohl strategische als auch technische Elemente des Wahlkampfes berücksichtigt.

* Die Autoren danken Birte Karoline Manke für die hilfreiche Unterstützung bei der Kontaktierung der Landesparteien.

Inhalt

1. Einleitung	428
2. Parteien im Mehrebenensystem der Bundesrepublik Deutschland	430
3. Formen vertikaler Integration in Landtagswahlkämpfen	431
4. Datengrundlage und Methode	435
5. Ergebnisse	436
a) Integration der Bundespartei auf organisatorischer Ebene: Politische und technische Wahlkampfleitung	436
b) Übernahme von Aufgaben durch die Bundespartei	440
(1) Kampagnenentwicklung und strategische Beratung	440
(2) Umsetzung der Wahlkampfaktivitäten	441
6. Zusammenfassung	442

1. Einleitung

Wurden Wahlkämpfe in der deutschsprachigen Forschung lange Zeit generell stiefmütterlich behandelt, so gilt das im Besonderen für die Landesebene (Saxer 2000: 32; Jun/Höhne 2007: 88). Die Publikationen beschränkten sich über Jahrzehnte auf Einzelfallstudien anlässlich einzelner Landtagswahlen. Neben einigen Monografien bzw. Fallstudien¹ sind hier vor allem die zu allen Landtagswahlen erscheinenden Beiträge in der *Zeitschrift für Parlamentsfragen* zu nennen. Darüber hinaus finden sich die detailliertesten Studien zu Wahlkämpfen auf der Landesebene in landesspezifischen Sammelbänden. Diese befassen sich bislang ausschließlich mit Rheinland-Pfalz (Sarcinelli 1984) und Baden-Württemberg (Schmid/Griese 2002; Schmid/Zolleis 2007). Gleichwohl wurden in jüngerer Zeit von Tenscher (2012, 2014) einige vergleichende Analysen zu Kampagnen auf der Landesebene vorgelegt.

Dort, wo sich Studien mit Landtagswahlkämpfen befassen, spielt deren institutionelle Einbettung nahezu immer eine Rolle. Landtagswahlen in der Bundesrepublik vollziehen sich vor dem Hintergrund des verschränkten Föderalismus. So ist die Bundesrepublik vertikal in die Bundes-, die Landes- und die kommunale Ebene unterteilt, die mit unterschiedlichen Kompetenzen im Gesetzgebungsprozess und dessen Umsetzung ausgestattet sind. Dabei kommt dem Bund de facto das Gros der legislativen Zuständigkeiten zu; aufgrund ihrer Exekutivkompetenz wer-

1 Siehe bspw. Huh 1996; Müller 2011; Schubert 2011; Lewandowsky 2013 a; Lerch 2014.

den die Länder allerdings zugleich in die Gesetzgebung auf Bundesebene insofern einbezogen, als die Landesregierungen Mitglieder des Bundesrates sind (Gunlicks 2003: 345 f.). Das Ergebnis von Landtagswahlen hat damit häufig einen direkten Einfluss auf die Willensbildung auf der Bundesebene. Die Akteure des Bundesrates treten also sowohl als landespolitische Akteure als auch als Vertreter ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit auf (Lehmbruch 2000). Auf der Landesebene wiederum lassen sich Effekte nachweisen, nach denen die Regierungsparteien im Bund in nicht zu übersehender Regelmäßigkeit Verluste einfahren, während die Oppositionsparteien Zugewinne verzeichnen (Decker/von Blumenthal 2002), auch, wenn dies nicht zu der missverständlichen Annahme verleiten sollte, dass bundespolitische Motive die Wahlentscheidung auf Landesebene grundsätzlich dominieren (Detterbeck/Renzsch 2003: 259). Die „bundespolitische Durchdringung“ (Decker/von Blumenthal 2002) von Landtagswahlkämpfen zeitigt aber für die Parteien auf Bundes- ebenso wie auf Landesebene strategische Konsequenzen. Während die Bundesparteien gegebenenfalls eine Veränderung der Sitz- und Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat fürchten müssen, sind bundespolitische Trends für die Wahlkämpfe der Landesparteien Rücken- oder Gegenwind – je nachdem, ob sie aus der Oppositions- oder der Regierungsrolle im Bund heraus operieren (Wolf 1985: 46 ff.). Wähler auf der Landesebene neigen dazu, die Parteien bei Wahlen abzustrafen, die auf der Bundesebene die Regierung stellen, indem sie dem Urnengang fernbleiben oder ihre Stimme den Oppositionsparteien geben (Jeffery/Hough 2001; Detterbeck/Renzsch 2003: 259). Gerade in größeren Bundesländern, wie etwa Nordrhein-Westfalen, werden Landtagswahlen häufig als Test für den Bund wahrgenommen (Krahnenpohl 2008: 313). Es ist deshalb anzunehmen, dass sowohl die Bundes- als auch die Landesparteien ein Interesse daran haben, ihre Strategien aufeinander abzustimmen. Für Detterbeck und Jeffery (2009: 77 f.) ist die Bundespartei immer in die strategische Planung einbezogen und stellt organisatorische und finanzielle Ressourcen zur Verfügung. Diese Kooperation vollzieht sich vor dem Hintergrund des spezifischen Mehrebenensystems der Bundesrepublik, das sich auch in den Parteiorganisationen widerspiegelt.

Bislang existieren allerdings noch keine systematischen Untersuchungen darüber, ob und in welcher Weise die Bundespartei in die Wahlkämpfe auf der Landesebene einbezogen ist. Auf Grundlage einer Umfrage unter allen Landesparteien möchte die vorliegende Untersuchung einen ersten Beitrag dazu leisten, diese Forschungslücke zu schließen. Ziel ist es, Formen des Einbezugs der Bundespartei in die Wahlkampfleitung auf Landesebene herauszuarbeiten und zu systematisieren. Hierbei bewegen wir uns an der Schnittstelle von Parteien- und Wahlkampfforschung. Auf deren Grundlage wollen wir zunächst auf konzeptioneller

Ebene entwickeln, welche Formen bundespolitischer Präsenz in der Landesorganisation wir untersuchen. Im empirischen Teil setzen wir unsere Studie mit einer weitestgehend deskriptiven Erhebung der unterschiedlichen Formen fort. Wir erwarten, hierbei vor dem Hintergrund parteiinterner Faktoren sowie externer Umweltfaktoren unterschiedliche Muster der Integration der Bundespartei vorzufinden.

2. Parteien im Mehrebenensystem der Bundesrepublik Deutschland

Die Parteiorganisationen bilden die staatliche Mehrebenenstruktur insoweit ab, als sie ebenfalls aus Bundes-, Landes- und nachgeordneten Ebenen bestehen (Detterbeck/Jeffery 2009: 68 f.). Diese vertikale Differenzierung beeinflusst die Entscheidungsstrukturen und -prozesse innerhalb der Parteien insofern, als die Landesparteien sowohl in die Bundespartei integriert sind als auch über Autonomie verfügen. Zwecks Konzeptualisierung schlägt Detterbeck (2012: 35) vor, eine analytische Unterscheidung zwischen den autonomen Kapazitäten der Landesparteien (*self-rule*) und deren Integration in die nationale Parteiorganisation (*shared-rule*) zu ziehen. Auf dieser Grundlage lassen sich vier Attribute der vertikalen Integration identifizieren (Detterbeck 2011: 214):

1. Strukturen der Mitgliederorganisation auf Bundes- und Landesebene;
2. Verteilung von Ressourcen;
3. Entscheidungsprozesse in zentralen Aktivitäten der Partei (Rekrutierung von Kandidaten, Formulierung von Programmen und Strategien);
4. Integration nationaler und subnationaler Parteieliten.

Aufgrund der Vorgaben des Parteiengesetzes ist die vertikale Integration der deutschen Parteien relativ stark. So sind sie zum einen an die programmatischen Grundpositionen der jeweiligen Bundespartei gebunden (Detterbeck/Jeffery 2009: 64). Andererseits „tragen nationale und territoriale Konflikte zur innerparteilichen programmatischen Heterogenität bei“ (Bräuninger/Debus 2012: 171). Laut der Parteistatuten bilden die territorialen Gliederungen den organisatorischen Korpus der Parteien (Lewandowsky 2013 b: 76 f.): Alle regionalen und lokalen Organisationseinheiten sind Bestandteile der Landesparteien. Während sich die aktive Mitgliedschaft vor allem auf regionaler Ebene, also in den Ortsvereinen und Distrikten, den Kreisverbänden und Unterbezirken abspielt, nehmen die Landesparteien wesentlichen Einfluss in die Entscheidungsprozesse auf Bundesebene. Die Delegiertenkörper der Bundesparteitage werden von den Landesparteien gebildet. Karrieren auf der Bundesebene beginnen in aller Regel auf den unteren Ebenen und entwickeln sich in den Landesverbänden, bevor die Akteure sich auf der Bundes-

ebene etablieren (Eilfort 2006: 211). Auf der anderen Seite verlangt das Parteien- gesetz nach einem internen Ressourcenausgleich, welcher zwischen der Bundes- und den Landesparteien ausgehandelt wird, sodass die internen Finanzstrukturen miteinander verschränkt sind.

Die Parteien in der Bundesrepublik umfassen insgesamt sowohl unitarische als auch föderale Elemente (Detterbeck 2012: 203), wobei deren Ausprägungen zwischen den Parteien unterschiedlich sind (Detterbeck/Jeffery 2009: 69). Die SPD war traditionell durch einen stärkeren Zentralismus charakterisiert, in der die Bundespartei über relativ große Macht verfügte und die subnationale Ebene durch Bezirke organisiert war, die zwischen dem Bundesland und der Kommune eingeordnet waren. Ab den 1960er Jahren entwickelten sich in der SPD „echte“ Landesverbände (Haas/Jun/Niedermayer 2008: 19). Demgegenüber wurde die CDU von Beginn an von Landesparteien getragen, wohingegen die Bundesebene im Vergleich weniger mächtig war. Gleichwohl haben sich die beiden großen Parteien in dieser Hinsicht zunehmend angeglichen (Schneider 2001: 402). Zwar lassen sich seit Beginn der 1990er Jahre bei allen Parteien zunehmende Autonomisierungsbestrebungen seitens der Landesverbände beobachten (Detterbeck 2012: 201-203). Anhand von Fallstudien deutet sich aber zugleich an, dass Parteien unterschiedlicher Parteienfamilien verschieden stark formalisierte Kooperationen zwischen Bundes- und Landesebene in Wahlkämpfen aufweisen. Während die Linke in einer Bundeswahlkampfkommission die Strategie ihrer Landesverbände abzustimmen versucht, findet man eine solche, eher zentralistische Herangehensweise bei anderen Parteien nicht in dieser Form vor (Lewandowsky 2013 a: 170 f.). Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass sich die ideologische Verortung auch auf die Wahlkampforganisation auswirkt.

3. Formen vertikaler Integration in Landtagswahlkämpfen

Für die Untersuchung der organisatorischen Integration der Bundesparteien in Landtagswahlkämpfen gilt es zunächst zwei Voraussetzungen zu beachten. Auch wenn in der Regel ein Interesse der nationalen Parteiebene an der Beeinflussung regionaler Wahlen vermutet werden kann (Denver u. a. 2003: 542), sind erstens die Landesverbände hinsichtlich ihrer landesspezifischen Wahlprogramme, ihrer Kandidatenauswahl und ihrer internen Entscheidungsprozesse gegenüber den Bundesparteien autonom. Die Bundespartei kann in die Planung und Umsetzung des Landtagswahlkampfes nicht ohne Zustimmung der Parteizentrale auf Landesebene einwirken (Detterbeck 2012: 164). Wann immer etwa prominente Akteure der Bundesebene (Regierungschef, Minister, Parteivorsitzende) in den Landtags-

wahlkampagnen als Redner auftreten und die Bundespartei hier logistische und organisatorische Unterstützung leistet (Detterbeck/Jeffery 2009: 77), geschieht dies auf Bitte oder zumindest mit Zustimmung der Landespartei. Zweitens ist die Organisation von Wahlkämpfen generell weniger stark formalisiert als andere Elemente der Parteiorganisation. Wahlkampfzentralen im engeren Sinne sind meist keine Bestandteile der Parteistatuten, sondern werden häufig ad hoc geformt und bestehen nicht selten aus losen Zusammenschlüssen einzelner Akteure auf der Führungsebene. Sie können zudem auch externe Akteure wie PR-Berater oder Agenturen umfassen, denen de facto innerhalb des Wahlkampfgremiums Entscheidungsbefugnisse zukommen (Gibson/Römmele 2009: 269). Obwohl Wahlkämpfe gern als „Diktaturen auf Zeit“ apostrophiert werden (Grafe 1994: 180), zeigt sich auf der Landesebene eine gewisse Varianz der Organisationsformen, namentlich der beteiligten Akteure und der Struktur des Leitungsgremiums (Lewandowsky 2013 a: 272).²

Wie also kann die Integration der Bundespartei in die Wahlkampforganisation auf Landesebene unter diesen Voraussetzungen aussehen? Zwecks analytischer Trennschärfe regen wir in Anlehnung an Hetterich (2000: 44 f.) an, aufgrund der unterschiedlichen Verantwortlichkeiten im Wahlkampf zunächst zwischen politischer und technischer Wahlkampfleitung zu unterscheiden. Während die politische Wahlkampfleitung mit den strategischen und taktischen Entscheidungen der Kampagne betraut ist, liegt die Verantwortlichkeit für Organisation, mediale Verbreitung und Logistik bei der technischen Wahlkampfleitung.

Tabelle 1: Indikatoren politischer und technischer Integration der Bundespartei

	Politische Integration	Technische Integration
Organisation	Anteil von Mitgliedern/Mitarbeitern der Leitungsgremien der Bundespartei in der politischen Wahlkampfleitung auf Landesebene	Anteil von Mitgliedern/Mitarbeitern der Leitungsgremien der Bundespartei in der politischen Wahlkampfleitung auf Landesebene
Aufgaben	Anteil der Bundespartei an der Entwicklung der Kampagnenstrategie (thematischer Fokus) und politische Beratung	Anteil der Bundespartei an der Umsetzung von Wahlkampfaktivitäten

Quelle: Eigene Darstellung.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass die Vielgestaltigkeit und geringe formale Fixierung von Wahlkampforganisationen keine vollständige Erhebung aller Formen der Zusammenarbeit von Bundes- und Landesebene in jedem einzelnen Fall

2 Für die beteiligten Akteure bei der Erstellung von Wahlprogrammen auf Landesebene siehe Däubler (2012).

erlaubt – tatsächlich ist jeder Wahlkampf auch in dieser Hinsicht ein Stück weit anders. Wir schlagen deshalb vor, die vier in Tabelle 1 aufgeführten Indikatoren zu prüfen, die den beiden Dimensionen jeweils paarweise zugewiesen werden.

Es ist plausibel, dass jede Landespartei ihre Kampagne in irgendeiner Weise mit der Bundesebene abstimmen wird. Oftmals geschieht das aber nicht durch formale Einbindung der Bundespartei in die Wahlkampforganisation auf Landesebene, sondern in informellen Gesprächen zwischen den Akteuren (Lewandowsky 2013 a: 153). Diese können zwar beispielsweise in Experteninterviews nachvollzogen werden, entziehen sich aber der standardisierten Erhebung. Wir haben uns deshalb dafür entschieden, hier nur die Präsenz von Akteuren der Bundespartei in den Wahlkampfgremien der Landespartei abzufragen. Demnach liegt eine Integration der Bundespartei in die Wahlkampfleitung auf Landesebene vor, wenn ein hoher Anteil von der Bundesebene der Partei zugeordneten Personen auch Teil der politischen beziehungsweise technischen Wahlkampfleitung auf Landesebene ist. Die politische Integration bemisst sich dabei an der Präsenz von Mitgliedern der Leitungsgremien (Vorstand/Präsidium) beziehungsweise der Geschäftsstelle der Bundespartei in der politischen Wahlkampfleitung der Landespartei, wobei die jeweiligen Ämter (Bundesvorsitzender, Generalsekretär, weitere Vorstandsmitglieder etc.) einzeln abgefragt wurden, sodass ein genaues Bild der Einbindung der Akteure möglich ist. Dasselbe Vorgehen wurde für die Darstellung der technischen Integration gewählt. Die Unterscheidung zwischen politischer und technischer Leitung verläuft in unserem Forschungsdesign allein entlang der (möglichen) Trennung der Gremien auf Landesebene. Das bedeutet, dass sowohl für die politische als auch für die technische Leitung derselbe mögliche Personenkreis erhoben wurde. Das ist der Überlegung geschuldet, dass sich – nicht zuletzt aufgrund der organisatorischen Autonomie der Landesverbände – die Entscheidung, welcher Funktionsträger in welchem Teil des Wahlkampfes hinzugezogen wird, nicht primär nach dessen Aufgaben auf der Bundesebene richtet, sondern nach den Bedürfnissen und Planungen der Landespartei.

Wir wollen in den folgenden Schritten nun untersuchen, welche Formen politischer und technischer Integration in den Wahlkampforganisationen der Landesparteien nachgewiesen werden können und welche Muster der Organisation sich dabei identifizieren lassen. Während aufgrund der Beschränkung auf eine Legislaturperiode im Bund keine Unterschiede hinsichtlich der Reaktion der Landesparteien auf unterschiedliche Regierungskonstellationen auf Bundesebene erhoben werden können (bspw. Czerwick 1984: 146 ff.; Wolf 1985: 44 f.; Schubert 2011: 329 ff.), lassen sich unterschiedliche Charakteristika auf der Ebene der Landesverbände zeigen. Wir erwarten deshalb, auf Grundlage unserer Daten zwei territo-

riale Aspekte sowie einen aus den Parteiorganisationen hervorgehenden Faktor beschreiben zu können.

Ost-/West-Unterschiede: Hinsichtlich ihrer Organisationsstärke und -struktur finden wir bei den Parteien in den neuen Bundesländern mit Ausnahme der Linken nach wie vor eher schwach ausgeprägte Landesparteien vor. Nicht nur verfügen die Parteien in Ostdeutschland über relativ geringe Mitgliederzahlen. Sie sind in vielen Landstrichen auch nicht flächendeckend mit Organisationseinheiten vertreten (Demuth/Lempp 2006: 13). Es kann deshalb sein, dass ostdeutsche Landesverbände verhältnismäßig öfter auf die Hilfe der Bundespartei zurückgreifen werden als westdeutsche Verbände. Erste fallspezifische Befunde weisen darauf hin, dass dies zumindest partiell vorkommt. So wurde der Wahlkampf der SPD in Sachsen-Anhalt 2011 durch einen Mitarbeiter des Willy-Brandt-Hauses organisiert und dies auch von den Akteuren durch die schwächere Struktur des dortigen Landesverbandes begründet (Lewandowsky 2013 a: 153). Es könnte also sein, dass uns in den ostdeutschen Landesverbänden im Sample stärkere bundespolitische Integration begegnet. Gleichwohl vermuten wir, dass solche Unterschiede eher in der technischen als in der politischen Dimension der Wahlkampfleitung vorzufinden sind.

Stadtstaat-/Flächenstaat-Unterschiede: Die bundespolitische Bedeutung von Landtagswahlen hängt zu einem großen Teil davon ab, inwiefern sich aus der Größe des Landes bereits eine Vorentscheidung für die Bundestagswahl oder ein „Stimmungstest“ für die Bundesebene ableiten lässt. Wahlen in großen Flächenbundesländern, zuvorderst in Nordrhein-Westfalen, kommt hier oftmals die Funktion „kleiner Bundestagswahlen“ zu (Kranenpohl 2008: 313). Demgegenüber haben Wahlen in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg eher kommunalen Charakter. Zugleich sind die dortigen Parteien – zumindest jene, die auch auf Bundesebene etabliert sind – allesamt relativ gut organisatorisch verankert. Das führt zu der Annahme, dass die Landesparteien in den Stadtstaaten die Bundespartei sowohl politisch als auch technisch in geringerem Maße integrieren als in Flächenbundesländern.

Unterschiede aufgrund der Größe der Landesverbände: Die finanzielle und personelle Ausstattung der Landesparteien hängt von deren Mitgliederzahl ab. Der Ressourcenreichtum der regionalen Verbände variiert dabei zum Teil erheblich (Lewandowsky 2013 b: 52). Wir vermuten, dass sich das auch auf die Integration der Bundespartei in Landtagswahlkämpfen auswirkt, allerdings zuvorderst in der technischen Dimension. Kleinere Landesverbände werden demnach stärker auf die Unterstützung der Bundespartei zurückgreifen. Hier tritt die Bundespartei

nach unserer Vermutung als Dienstleisterin auf, die Design, Material und Logistik zur Verfügung stellt.

4. Datengrundlage und Methode

Um die Integration der Bundespartei in die Wahlkämpfe der Landesparteien zu messen, wurde eine Befragung unter allen Landesparteien durchgeführt, die zur jeweils letzten Landtagswahl mit einer landesweiten Liste antraten. Damit wurde für jedes deutsche Bundesland die jeweils zuletzt stattgefundene Wahl zwischen 2009 und April 2014 untersucht. Somit ist jedes Bundesland einmal vertreten. Der standardisierte Fragebogen wurde postalisch an die jeweilige Geschäftsführung bzw. Parteizentrale der Landesparteien geschickt; im Falle kleinerer und Kleinstparteien an die Vorsitzenden persönlich. Von den insgesamt 200 angeschriebenen Landesparteien beantworteten 69 den Fragebogen, was einer Rücklaufquote von 34,5 % entspricht, einem für Elitenumfragen akzeptablen Wert. In unserer Analyse berücksichtigen wir jedoch nur die Antworten der auf Bundesebene etablierten Landesverbände (CDU, SPD, Grüne, Die Linke, FDP). Dies geschieht aus mehreren Gründen. Die Gruppe der sonstigen Parteien ist stark heterogen und erschwert einen Vergleich mit den etablierten Parteien deutlich. Diese Heterogenität erwächst einerseits aus den niedrigen Fallzahlen – von den kleineren Parteien liegen schlichtweg weniger Antworten pro Landesverband vor. Andererseits betrifft diese Heterogenität auch die Größenunterschiede zwischen den sonstigen Parteien, welche von Kleinstparteien bis zu größeren, zumindest in manchen Landesparlamenten vertretenen Gruppierungen reicht (wie bspw. Piraten, Freie Wähler oder NPD). Wir haben das Sample deshalb auf CDU, SPD, Grüne, FDP und Linke beschränkt. Für diese Gruppe liegt unser Rücklauf mit 42 Antworten bei über 50 Prozent aller Landesverbände und weist damit einen sehr zufriedenstellenden Wert auf.

Trotz dieser relativ guten Rücklaufquote erwächst aus der Größe des Samples eine Herausforderung für die nachfolgende Analyse. Grundsätzlich legt die standardisierte Befragung eine quantitative Auswertung der Daten nahe. Die Validität statistischer Analysen wird in diesem Fall jedoch durch die insgesamt geringe Fallzahl, mögliche Auswahlverzerrungen und eine fehlende Varianz der erwarteten Einflussfaktoren erschwert. Die Analyse beschränkt sich daher auf eine weitestgehend beschreibende Analyse der jeweiligen Daten. Verallgemeinernde Schlussfolgerungen auf die Grundgesamtheit sind nur begrenzt möglich. Die Muster, die wir in der Analyse unserer Daten vorfinden, stellen somit eine vorläufige Annäherung an den Gegenstand dar.

Tabelle 2: Parteien und Landesverbände im Sample

Partei	Anzahl	%	Landesverbände
CDU	9	21,43	NRW, H, NDS, RP, BL, SH, HB, HH, SN
SPD	8	19,05	BW, SA, RP, BY, H, NRW, HH, SH
Grüne	9	21,42	HB, SH, BW, NRW, NDS, SA, BL, HH, BY
FDP	9	21,43	RP, SH, BY, SA, HH, NDS, HS, MV, BR
Die Linke	7	16,67	NDS, SN, RP, TH, H, BL, HH
Gesamt	42	100	

Anmerkungen: NRW = Nordrhein-Westfalen, H = Hessen, NDS = Niedersachsen, RP = Rheinland-Pfalz, BL = Berlin, SH = Schleswig-Holstein, HB = Bremen, HH = Hamburg, SN = Sachsen, BW = Baden-Württemberg, SA = Sachsen-Anhalt, BY = Bayern, MV = Mecklenburg-Vorpommern, BR = Brandenburg, TH = Thüringen, SR = Saarland. Eigene Darstellung.

5. Ergebnisse

Der Untersuchungszeitraum deckt alle Landtagswahlen über einen Zeitraum von vier Jahren ab. Den frühesten Zeitpunkt markieren die Wahlen in Sachsen und Thüringen, die beide auf den 30. August 2009 datiert waren,³ den spätesten die hessische Landtagswahl vom 22. September 2013. Damit fanden alle Landtagswahlen unter den Bedingungen einer schwarz-gelben Koalition auf Bundesebene statt. Im Folgenden wollen wir nun darlegen, ob und wie die Bundespartei in die Wahlkämpfe integriert wurde. Daran anschließend zeigen wir, welche Aufgaben durch die Bundespartei wahrgenommen wurden.

a) Integration der Bundespartei auf organisatorischer Ebene: Politische und technische Wahlkampfleitung

Wir richten unser Augenmerk zunächst auf die Unterschiede zwischen den Parteien hinsichtlich des Anteils von bundespolitischen Personen an der politischen und technischen Wahlkampfleitung. Insgesamt weisen nur wenige Landesverbände überhaupt bundespolitische Vertreter innerhalb der politischen Wahlkampfleitung auf. Nur bei zehn der 42 betrachteten Landesverbände ist das der Fall. Anders ist dies bei der technischen Wahlkampfleitung. Hier zeigen immerhin 18 von 42 Fällen (42 %) eine solche Einbindung.

3 Am selben Tag fand auch im Saarland eine Landtagswahl statt. Das Saarland ist im Sample aber durch die jüngste Wahl im Jahr 2012 vertreten.

Tabelle 3: Durchschnittlicher Anteil von Vertretern der Bundesebene in der politischen und technischen Wahlkampfleitung auf Landesebene (in %)

	CDU	SPD	Grüne	FDP	Die Linke	Gesamt
Politische WKL	4,6	1,5	3,2	9,4	14,2	6,2
Technische WKL	3,7	10,7	10,4	17,8	17,9	11,8

Anmerkung: Die ausgegebenen Werte sind die Mittelwerte der Prozentwerte der einzelnen Landesverbände. *Quelle:* Eigene Berechnungen.

In diesem Zusammenhang bringt Tabelle 3 maßgeblich zwei Aspekte zum Vorschein. Zunächst lässt sich bei einem Vergleich der Parteien zueinander feststellen, dass insbesondere in den Landesverbänden der Linken und der FDP mehr Einzelpersonen aus der Leitung der Bundespartei auftauchten. Die Linke sticht hier abermals heraus. Sie weist mit durchschnittlich 14,2 % einen sehr hohen Wert für die Integration in die politische Wahlkampfleitung auf. Bei CDU, SPD und Grünen fällt bei der politischen Wahlkampfleitung, neben dem allgemein niedrigen Niveau im Vergleich zu den anderen Parteien, der niedrige Wert von 1,5 % bei der SPD auf. Bei der SPD gibt es im Sample insgesamt nur einen Landesverband, bei dem überhaupt die von uns abgefragten bundespolitischen Akteure in der politischen Wahlkampfleitung vertreten waren.

Die bundespolitische Integration bei der technischen Wahlkampfleitung unterscheidet sich insgesamt von der politischen Wahlkampfleitung durch das höhere Niveau. Es lassen sich, bis auf den Fall der CDU-Landesverbände, höhere Anteile von bundespolitischen Akteuren in der technischen Wahlkampfleitung feststellen. Insbesondere bei der SPD fällt dieser Unterschied verglichen zur politischen Wahlkampfleitung auf, aber auch bei den Grünen fällt der Anstieg im Niveau ins Gewicht.

Diese Befunde geben zwei Hinweise auf das Ausmaß der bundespolitischen Integration in die jeweilige Wahlkampfleitung. Zunächst lassen sich zwischen den Parteien deutliche Unterschiede diagnostizieren. Parteipolitische Faktoren scheinen somit das Wahlkampfverhalten zumindest mit Blick auf die Organisation ein Stück weit zu prägen. Hierbei legen unsere Daten zum jetzigen Zeitpunkt nahe, dass dieser Unterschied nicht von Aspekten wie dem bundespolitischen Oppositions- bzw. Regierungsstatus beeinflusst wird. Vielmehr drängt sich der Schluss auf, dass die Unterschiede durch Größen- und somit Kapazitätsunterschiede beeinflusst werden könnten. Diese Schlussfolgerung wird auch durch unsere zweite Beobachtung gestärkt. Diese besteht darin, dass das Niveau der bundespolitischen Integration innerhalb der technischen Wahlkampfleitung insgesamt höher ist. Das spricht dafür, dass die Landesverbände speziell bei organisatorischen bzw. logisti-

ischen Fragen die Unterstützung der Bundespartei in Anspruch nehmen, während insbesondere die größeren Parteien in der politischen Wahlkampfleitungen eine höhere Autonomie für sich beanspruchen und hier eigene Schwerpunkte setzen.

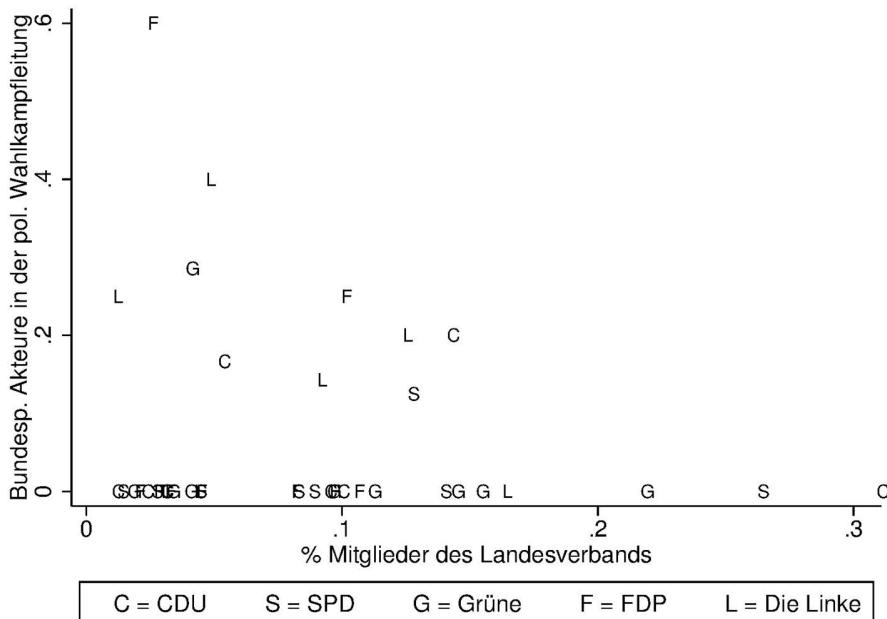
Abseits der Betrachtung von Parteiunterschieden interessiert uns der Einfluss weiterer möglicher Einflussfaktoren. Hierzu zählen Ost-West-Unterschiede, Stadtstaat- oder Flächenstaat-Unterschiede wie auch die relative Größe des Landesverbandes. Hierbei gilt es erneut zu berücksichtigen, dass die Daten keine Vollerhebung darstellen und bspw. nur jeweils ein ostdeutscher Landesverband von SPD und CDU geantwortet haben. Insgesamt kommen wir aber zu dem Schluss, dass unsere Daten letztlich keinen Einfluss von Regionen nahelegen. So zeigen sich zwischen Ost und West keine systematisch höheren Werte bei der Beteiligung bundespolitischer Akteure in den Wahlkampfleitungen. Auch eine nähere Betrachtung der einzelnen Fälle offenbart kein Muster, welches darauf schließen ließe, dass ostdeutsche Landesverbände häufiger Unterstützung durch die Bundespartei benötigten.

Bei der Unterscheidung zwischen Stadt- und Flächenstaaten lassen sich etwaige Hinweise darauf finden, dass kleinere Parteien in Stadtstaaten häufiger Unterstützung in der Wahlkampfleitung von der Bundespartei erhalten. So weisen bspw. bei den Grünen drei Landesverbände bundespolitische Akteure in der technischen Wahlkampfleitung auf, wovon mit Bremen und Hamburg zwei Stadtstaaten enthalten sind, Berlin jedoch nicht. Bei der Linken und der FDP sind bei allen im Sample vertretenen Landesverbänden aus Stadtstaaten bundespolitische Vertreter sowohl in der politischen als auch in der technischen Wahlkampfleitung vertreten. Dies ist sonst nur noch bei der Linken in Niedersachsen noch der Fall. Bei SPD und CDU lässt sich dieses Muster nicht wiederfinden. Hier fallen die Stadtstaaten nicht durch ein besonderes Niveau an bundespolitischer Integration ins Gewicht.

Schlussendlich betrachten wir zudem, ob die relative Größe eines Landesverbandes innerhalb der Partei einen möglichen Einfluss auf das Ausmaß der Integration der Bundespartei hat. Die relative Größe eines Landesverbandes messen wir als den prozentualen Anteil der Mitglieder eines Landesverbandes an allen Mitgliedern dieser Partei. Hierfür ziehen wir die Daten der jährlich erscheinenden Parteimitglieder-Studie von Oskar Niedermayer (2014) heran. Die Abbildungen 1 und 2 zeigen den jeweiligen Zusammenhang für die technische und politische Wahlkampfleitung. Die x-Achse zeigt die Größe des Landesverbandes gemessen als Anteil der Parteimitglieder im Land an der Gesamtzahl der Mitglieder. Auf der y-Achse befindet sich der Anteil der bundespolitischen Mitglieder in der politischen bzw. technischen Wahlkampfleitung. Besonders hohe Integrationswerte werden von jenen Landesverbänden erzielt, die einen geringen Teil an der Ge-

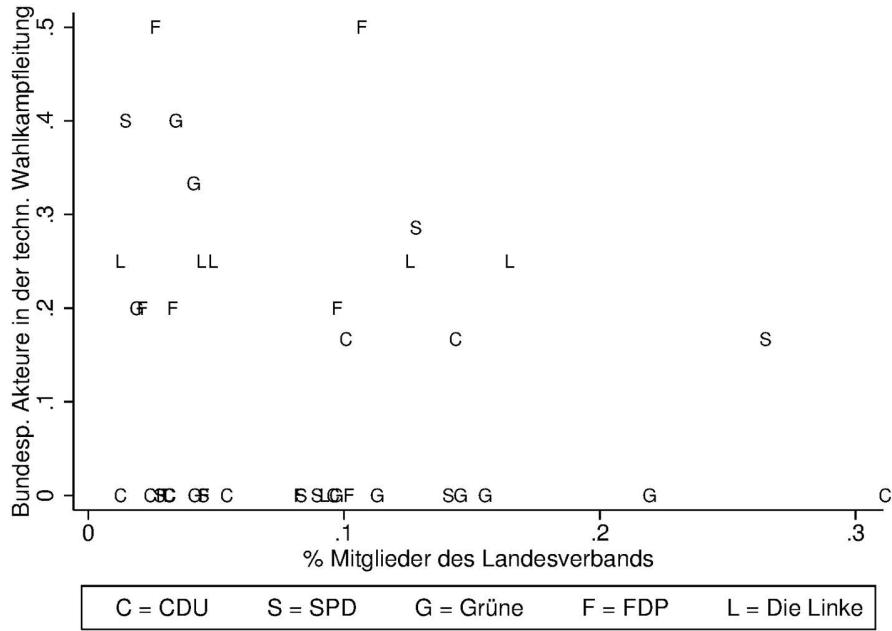
samtmitgliedschaft der Bundespartei ausmachen. Somit weisen diese Ergebnisse darauf hin, dass es insbesondere bei kleineren Landesverbänden zu einer stärkeren Integration durch die Bundespartei kommt.

Abbildung 1: Integration der Bundespartei nach Mitgliedern der Landesverbände (politische Wahlkampfleitung)



Quellen: Bundespolitische Akteure: Eigene Erhebung. Mitgliedsdaten: Niedermayer (2014).

Abbildung 2: Integration der Bundespartei nach Mitgliedern der Landesverbände (technische Wahlkampfleitung)



Quellen: Bundespolitische Akteure: Eigene Erhebung. Mitgliedsdaten: Niedermayer (2014).

b) Übernahme von Aufgaben durch die Bundespartei

(1) Kampagnenentwicklung und strategische Beratung

Die Analyse der Einbettung der Bundespartei in die Entwicklung und die Umsetzung der Kampagne nehmen wir anhand dreier Items vor. Dabei handelt es sich um die Beteiligung an der Beratung des Spitzenkandidaten, die allgemeine strategische Beratung im Wahlkampf sowie die Entwicklung der politischen Kampagne. Bei allen drei Items hat die Bundespartei bei diesen Aufgaben einen direkten Einfluss auf Elemente der Umsetzung. Gemessen wurde durch uns jeweils, ob bundespolitische Vertreter eine dieser Aufgaben übernommen haben.

In Tabelle 4 sind die Unterschiede zwischen den Parteien bei diesen Items dargestellt. Hierbei fällt ins Auge, dass bundespolitischer Einfluss auf die Gestaltung der Kampagne insgesamt eher selten ist und ausschließlich bei kleineren Parteien

vorliegt. Nur in etwa zehn Prozent aller Fälle hat die Bundespartei überhaupt einen Einfluss. Anders verhält es sich bei der Beratung des Spitzenkandidaten. Bei einem Drittel der CDU-Landesverbände tritt die Bundespartei hierbei in Erscheinung. Bei der Linken liegt dieser Wert bei über 42 % und bei der FDP werden zwei Drittel aller Spitzenkandidaten auch von der Bundespartei beraten. Bei der SPD hingegen findet diese Beratung in keinem der untersuchten Fälle statt.

Über alle Parteien hinweg besteht jedoch ein relativ hoher Einfluss der Bundespartei auf die allgemeine strategische Beratung. Die Linke ist hierbei Spitzenreiterin mit über 70 % der Fälle. Gefolgt wird sie von der SPD, was gemessen an der geringen personellen Einbindung und der fehlenden bundespolitischen Einbindung in die anderen Items der technischen Integration überraschend ist. Dies legt den Schluss nahe, dass es bei der SPD abseits einer sehr allgemeinen eine nur wenig formale Einbeziehung der Bundespartei in die politische Landtagswahlorganisation gibt. Auch kann der insgesamt hohe Wert der allgemeinen strategischen Beratung ein Indiz dafür sein, dass die Bundespartei weniger stark in die formalen Institutionen eingebunden ist, sondern in Form informeller Gespräche und Koordination hinzugezogen wird.

Tabelle 4: Wahrnehmung von Aufgaben im Landtagswahlkampf durch die jeweilige Bundespartei

Partei	Entwicklung politische Kampagne	Beratung Spitzenkandidat	Allgemeine strategische Beratung
CDU	0,0%	33,3%	44,4%
SPD	0,0%	0,0%	62,5%
Grüne	11,1%	22,2%	55,6%
FDP	11,1%	66,7%	44,4%
Die Linke	14,3%	42,9%	71,4%
Gesamt	7,1%	33,3%	55,7%

Quelle: Eigene Berechnungen.

(2) Umsetzung der Wahlkampfaktivitäten

Neben der Beobachtung, dass auf der Ebene der organisatorischen Einbindung der Einfluss der Bundespartei größer zu sein scheint, widmen wir uns nun der Frage nach den jeweiligen Unterschieden in den technischen Aufgaben, welche durch die Bundespartei übernommen wurden. Hierbei konzentrieren wir uns grundsätzlich auf drei Items: die Gestaltung der Werbelinie, die Durchführung bzw. Unterstützung im Online-Wahlkampf und die Erstellung von Materialien.

Insgesamt ist die Unterstützung der Bundespartei bei diesen Wahlkampfelementen vergleichsweise gering, was auch darauf hindeutet kann, dass die technischen Aufgaben der Bundespartei durch die abgefragten Items nicht vollständig erfasst werden. Dazu gehört beispielsweise die von einigen Parteien handschriftlich angemerkte Koordination des Rednereinsatzes von Akteuren aus der Bundespolitik. Trotzdem zeigt sich auch hierbei in den Antworten, dass maßgeblich die kleineren Parteien bezüglich der jeweiligen Aufgaben Unterstützung von der Bundespartei erhielten. Bei CDU, SPD und den Grünen – von einer Ausnahme abgesehen – übernahm die Bundespartei keine der abgefragten Aufgaben. Insgesamt ergibt sich somit das Bild, dass zwar bei den kleineren Parteien im Sample Mitglieder der Parteiführung bzw. Geschäftsstellen auf Bundesebene in der technischen bzw. politischen Wahlkampfleitung auf Landesebene präsent waren, aber nicht zwingend mit konkreten Aufgaben betraut wurden. Es ist beispielsweise denkbar, dass in von Landes- und Bundespartei als besonders wichtig erachteten Kampagnen zwar Mitglieder der Bundespartei an den Sitzungen der Wahlkampfleitung teilnahmen, selbst aber weder politisch noch technisch eigenverantwortlich Bereiche abdeckten. Das wiederum spricht für die bereits genannten Ergebnisse anderer Studien, die zeigen können, dass die Einbindung der Bundespartei in Landtagswahlkämpfe häufig aus informellen Gesprächen der beteiligten Akteure besteht. So scheint es sich auch beim technischen Support eher um jeweils spezifische, von Fall zu Fall unterschiedliche Unterstützung zu handeln.

Tabelle 5: Wahrnehmung von Aufgaben der technischen Kampagne im Landtagswahlkampf durch die jeweilige Bundespartei

Partei	Gestaltung Werbelinie	Umsetzung Online-Wahlkampf	Druck von Werbematerial
CDU	0	0	0
SPD	0	0	0
Grüne	0	11,1%	0
FDP	22,2%	11,1%	22,2%
Die Linke	28,6%	0	28,6%
Gesamt	9,5%	4,76%	9,5%

Quelle: Eigene Berechnungen.

6. Zusammenfassung

In den vorangegangenen Ausführungen haben wir untersucht, inwieweit die jeweilige Bundespartei bei den jeweils letzten Landtagswahlkämpfen (Stand: Juni 2014) in die Wahlkampfzentralen der Landesparteien integriert wurde. Wir haben

hierzu anhand der Literatur auf der horizontalen Analyseebene zwischen politischer und technischer Integration unterschieden, auf einer vertikalen Ebene zwischen Organisation und Aufgaben. Auf Grundlage der Daten einer standardisierten Umfrage unter den Parteizentralen auf Landesebene wählten wir eine deskriptive Herangehensweise, um einen ersten Zugang zu einem bislang kaum erschlossenen Feld zu erhalten. Es gilt vor dem Hintergrund des begrenzten Samples sowohl bei der Bewertung der hier gezeigten Befunde als auch als Impuls für die zukünftige Forschung, diese Ergebnisse lediglich als einen ersten Schritt auf diesem Terrain zu betrachten.

Die von uns gemachten Beobachtungen weisen auf bestimmte Muster hin. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass die Beteiligung der Bundespartei auf der technischen Ebene des Wahlkampfes insgesamt deutlich höher ausfällt als die politische Integration der Bundesebene. Jene scheint, zumindest für den Fall unseres Samples, offenbar auch nicht an die theoretischen Erwartungen gebunden zu sein, die unter bestimmten territorialen Voraussetzungen eine stärkere Einbindung der Bundespartei vermuten. Das kann als Hinweis darauf verstanden werden, dass die Landesparteien im Großen und Ganzen in programmatischen und strategischen Fragen eine gewisse Autonomie an den Tag legen, während sie, wenn es um die Umsetzung des Wahlkampfes geht, eher dazu neigen, die Bundespartei unterstützend hinzuzuziehen. Das lässt sich durch die geringeren finanziellen und personellen Mittel erklären, die diesen Landesverbänden im Vergleich zu größeren Landesparteien zur Verfügung stehen. Bezogen auf das vorliegende Sample konnten wir also zeigen, dass Kooperation zwischen Landes- und Bundespartei im Wahlkampf in Landesverbänden mit geringen Mitgliederzahlen häufiger zum Tragen kommt. Es sind also möglicherweise jenseits situativer sowie externer Einflussfaktoren vor allem geringere Ressourcen und Personal, die dazu führen, dass die Landespartei von dieser Möglichkeit Gebrauch macht.

Während die technische und die politische Integration bei CDU, SPD und Grünen relativ gering sind, liegen für FDP und Linke im Vergleich höhere Werte vor. Während die technische Integration bei den kleineren Parteien – und in geringerem Maße noch bei den Grünen – durch mögliche schwächere Ressourcen erklärt werden kann, vermag die FDP und Linke gemeinsame hohe politische Integration kein klares Muster mit sich zu bringen. Allerdings vermag die Tatsache, dass etwa die Linke auf Bundesebene ein „Bundeswahlbüro“ unterhält (Die Linke 2010), einen Hinweis darauf zu liefern, dass durch den höheren Integrationsgrad auf Ebene der Landesverbände eine Praxis abgebildet wird, die die Partei insgesamt prägt.

Insgesamt bleibt zu konstatieren, dass die Landesparteien gerade in der politischen Dimension des Wahlkampfes ihre Autonomie beibehalten. Das zeigt sich vor allem bei der Abfrage der einzelnen Aufgaben, bei denen die Bundespartei, wenn überhaupt, meist unspezifisch dort genannt wird, wo es um „allgemeine strategische Beratung“ geht. In der politischen Kampagne taucht die Bundespartei nur in wenigen Fällen auf.

Für alle Ergebnisse gilt, dass sie aufgrund des zeitlichen und von seinem Umfang her begrenzten Samples zunächst vorläufiger Natur sein müssen. Dennoch konnten wir erstmals zeigen, dass unterschiedliche Formen bundespolitischer Integration auf Landesebene bestehen und es Hinweise auf an Parteien festzumachende Muster zwischen dieser Integration gibt. Insgesamt sehen wir, dass Landesparteien ihre Wahlkämpfe eher autonom führen, auch wenn zwischen politischer und technischer Integration Unterschiede bestehen. Das stützt den Befund einer steigenden Regionalisierung von Landesparteien (Detterbeck 2012: 201-203).

Literatur

- Bräuninger, Thomas/Debus, Marc, 2012: Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern, Wiesbaden.*
- Czerwick, Edwin, 1984: Zum Verhältnis von Landtagswahlen und Bundestagswahlen, in: Ulrich Sarcinelli (Hrsg.), Wahlen und Wahlkampf in Rheinland-Pfalz. Beiträge für die politische Bildungsarbeit aus Anlaß der Landtags- und Bundestagswahlen am 6. März 1983, Opladen, 136-154.*
- Däubler, Thomas, 2012: Wie entstehen Wahlprogramme? Eine Untersuchung zur Landtagswahl in Baden-Württemberg 2006, in: ZPol 22 (3), 333-365.*
- Decker, Frank/von Blumenthal, Julia, 2002: Die bundespolitische Durchdringung von Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1970 bis 2001, in: ZParl 33 (1), 144-156.*
- Demuth, Christian/Lempp, Jakob, 2006: Einführung: Die Parteien in Sachsen, in: dies. (Hrsg.), Parteien in Sachsen, Dresden/Berlin, 9-18.*
- Denver, David/Hands, Gordon/Fisher, Justin/MacAllister, Ian, 2003: Constituency Campaigning in Britain 1992–2001. Centralization and Modernization, in: Party Politics 9 (5), 541-559.*
- Detterbeck, Klaus, 2011: Parteien und Parteiensystem, Konstanz.*
- Detterbeck, Klaus, 2012: Multi-Level Party Politics in Western Europe, Hounds-mills.*

- Detterbeck, Klaus/Jeffery, Charlie*, 2009: Rediscovering the region. Territorial politics and party organizations in Germany, in: Wilfried Swenden/Bart Maddens (Hrsg.), *Territorial party politics in Western Europe*, Hounds Mills, 63-85.
- Detterbeck, Klaus/Renzsch, Wolfgang*, 2003: Multi-Level Electoral Competition: The German Case, in: *European Urban and Regional Studies* 10 (3), 257-269.
- Die Linke*, 2010: Unterstützung der Wahlkämpfe 2011. Beschluss des Parteivorstandes vom 3. Juli 2010.
- Eilfort, Michael*, 2006: Landes-Parteien: Anders, nicht verschieden, in: Herbert Schneider/Hans-Georg Wehling (Hrsg.), *Landespolitik in Deutschland. Grundlagen – Strukturen – Arbeitsfelder*, Wiesbaden, 207-224.
- Gibson, Rachel K./Römmele, Andrea*, 2009: Measuring the Professionalization of Political Campaigning, in: *Party Politics* 15 (3), 265-293.
- Grafe, Peter*, 1994: *Wahlkampf. Die Olympiade der Demokratie*, Frankfurt a. M.
- Gunlicks, Arthur*, 2003: *The Länder and German federalism*, Manchester.
- Haas, Melanie/Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar*, 2008: Die Parteien und Parteiensysteme der Bundesländer – Eine Einführung, in: Uwe Jun/Melanie Haas/ Oskar Niedermayer (Hrsg.), *Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern*, Wiesbaden, 9-38.
- Hetterich, Volker*, 2000: *Von Adenauer zu Schröder – Der Kampf um Stimmen. Eine Längsschnittanalyse der Wahlkampagnen von CDU und SPD bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1998*, Opladen.
- Huh, Tina*, 1996: *Moderne politische Werbung – Information oder Manipulation? Werbestrategien im Wahlkampf, dargestellt anhand der Landtagswahlkämpfe in Baden-Württemberg von 1952 bis 1992*, Frankfurt a. M.
- Jeffery, Charlie/Hough, Daniel*, 2001: The Electoral Cycle and Multi-Level Voting in Germany, in: *German Politics* 10 (2), 73-98.
- Jun, Uwe/Höhne, Benjamin*, 2007: Erfolgreiche Personalisierung und missglückte Themenorientierung: Die SPD-Wahlkämpfe in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg 2006, in: Josef Schmid/Udo Zolleis (Hrsg.), *Wahlkampf im Südwesten. Parteien, Kampagnen und Landtagswahlen 2006 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz*, Münster u. a., 88-115.
- Kranenpohl, Uwe*, 2008: Das Parteiensystem Nordrhein-Westfalens, in: Uwe Jun/ Melanie Haas/Oskar Niedermayer (Hrsg.), *Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern*, Wiesbaden, 315-339.
- Lehmbrock, Gerhard*, 2000: *Parteienwettbewerb im Bundesstaat. Regelsysteme und Spannungslagen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland*, 3., aktualisierte und erweiterte Auflage, Opladen.

- Lerch, David Christoph*, 2014: Wahlkampf in den Bundesländern. Der Einfluss der KandidatInnen und der regionalen politischen Kultur, Wiesbaden.
- Lewandowsky, Marcel*, 2013 a: Landtagswahlkämpfe. Annäherung an eine Kampagnenform, Wiesbaden.
- Lewandowsky, Marcel*, 2013 b: Die Parteiorganisationen in Nordrhein-Westfalen, in: Stefan Marschall (Hrsg.), Parteien in Nordrhein-Westfalen, Essen, 71-89.
- Müller, Judith Maria*, 2011: Politische Inszenierung in Landtagswahlkämpfen. Ein akteursorientierter Vergleich der Kampagnenkommunikation zur sächsischen Landtagswahl 2004, Baden-Baden.
- Niedermayer, Oskar*, 2014: Parteimitglieder in Deutschland, Version 2014, Berlin.
- Sarcinelli, Ulrich* (Hrsg.), 1984: Wahlen und Wahlkampf in Rheinland-Pfalz. Beiträge für die politische Bildungsarbeit aus Anlaß der Landtags- und Bundestagswahlen am 6. März 1983, Opladen.
- Saxer, Ulrich*, 2000: Massenmedien als Wahlkommunikatoren in längerfristiger Perspektive. Ein Forschungsüberblick, in: Hans Bohrmann/Otfried Jarren/ Gabriele Melischek/Josef Seethaler (Hrsg.), Wahlen und Politikvermittlung durch Massenmedien, Opladen, 31-46.
- Schmid, Josef/Griese, Honza* (Hrsg.), 2002: Wahlkampf in Baden-Württemberg. Organisationsformen, Strategien und Ergebnisse der Landtagswahl vom 25. März 2001, Opladen.
- Schmid, Josef/Zolleis, Udo* (Hrsg.), 2007: Wahlkampf im Südwesten. Parteien, Kampagnen und Landtagswahlen 2006 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, Münster.
- Schneider, Herbert*, 2001: Parteien in der Landespolitik, in: Oscar W. Gabriel/ Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), Parteidemokratie in Deutschland, 2. Auflage, Bonn, 385-405.
- Schubert, Thomas*, 2011: Wahlkampf in Sachsen. Eine qualitative Längsschnitt-analyse der Landtagswahlkämpfe 1990-2004, Wiesbaden.
- Tenscher, Jens*, 2012: Medien- und Kommunikationskanäle in Wahlkämpfen. Relevanzzuschreibungen aus Akteurssicht, in: Zeitschrift für Politikberatung 5 (4), 155-167.
- Tenscher, Jens*, 2014: A Matter of Timing? A Study of Regional Election Campaigns in Germany, in: German Politics 23 (1-2), 26-42.
- Wolf, Werner*, 1985: Wahlkampf und Demokratie, Köln.

Korrespondenzanschriften:

Dr. Marcel Lewandowsky
Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg
Institut für Politikwissenschaft
Holstenhofweg 85
22043 Hamburg
E-Mail: lewandowsky@hsu-hh.de

Michael Jankowski, M.A.
Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
Fakultät I – Bildungs- und Sozialwissenschaften
Institut für Sozialwissenschaften
Arbeitsbereich für das Politische System Deutschlands
Postfach 2503
26111 Oldenburg
E-Mail: michael.jankowski@uni-oldenburg.de